

bedingungen vom 16. Januar 1919, wonach der Verband die Fürsorge und Heimbeförderung der russischen Kriegsgefangenen für sich in Anspruch genommen und vorläufig jeden weiteren Abtransport unterjagt hat. In Anbetracht der ungeläuterten Lage im Innern, des Mangels an Transportmitteln und der großen Hungersnot in Russland sind die Vertreter des Verbandes der Ansicht, daß die Russen beim Heimtransport bei dem jetzigen strengen Winterwetter den größten Gefahren für ihr Leben ausgesetzt seien. Der Verband will daher die Abtransportfrage selbst nach Lage der besten Abchubmöglichkeit in die Hand nehmen. Den russischen Kriegsgefangenen wird durch den Verband bis zum Abtransport eine bessere Verpflegung zuteil werden, als sie der deutschen Regierung infolge des in Deutschland herrschenden Mangels an Nahrungsmitteln möglich ist. Auch sollen den russischen Kriegsgefangenen möglichst weitgehende Erleichterungen in ihren Lagern zugesprochen werden unter der Voraussetzung, daß sie sich verpflichten, unter sich selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen und jegliche Ausschreitungen in den Lagern wie außerhalb derselben zu vermeiden.

Die Verhandlungen in Paris.
Paris, 14. Februar. Die Agence Havas glaubt zu wissen, daß am Sonntag eine Vollziehung der Konferenz stattfinden wird und daß im Laufe dieser Sitzung der Entwurf des Völkerbundes, den der Sonderausschuß unterbreiten wird, der Konferenz zur Ratifizierung vorgelegt werden wird.

Paris, 14. Februar. (Agence Havas.) Der interalliierte Rat für Seetransporte bei der Pariser Konferenz beschloß, daß die deutschen und österreichischen Postdampfer in erster Linie für die Heimbeförderung von Truppen und für Lebensmitteltransporte in den verschiedenen Gegenden Europas verwendet werden sollen einschließlich der besetzten und der feindlichen Gebiete. Die Vollmacht über die Schiffe wird zwischen den verschiedenen assoziierten Regierungen verteilt werden. Die getroffenen Maßnahmen greifen keineswegs der schließlichen Verfügung vor, die durch den Friedensvertrag geregelt werden wird. Die Schiffe werden die Flagge des interalliierten Rates für Seetransporte und die Flagge der betreffenden bevollmächtigten Nationen führen.

Paris, 14. Februar. (Agence Havas.) Die Kommission für Schadenersatz setzte am Donnerstag unter Vorsitz von Klop die Grundsätze für die Schadenersatzforderungen fest.

Ein Nachtrag zum Reichshaushaltplan.

Berlin, 14. Februar. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, wird der Nationalversammlung der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines dritten Nachtrages zum Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1918 vorgelegt werden. In dem Nachtrage werden 25 300 000 000 M. gefordert. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, diese Kredite flüssig zu machen. In Begründung dieses außerordentlich hohen Kreditvorlages wird ausgeführt, daß der dem Reichstage am 31. Oktober 1918 zugegangene Gesetzentwurf betreffend die Feststellung eines Nachtragskredits nicht verfassungsmäßig erledigt worden ist. Infolgedessen trat bald eine Erschöpfung der für das Rechnungsjahr 1918 verfügbaren Kredite ein. Die Reichsregierung war zur Ausgabe von Reichsscheinen gezwungen, um den Reichsorganismus lebendig zu erhalten. Sie tat dies im Bewußtsein, daß nach Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände nachträglich die Grundgenehmigung hierzu eingeholen wäre. Der Gesetzentwurf enthält auch Mittel zur Gewährung von Baukostenzuschüssen, die Wiederbelebung der Neubautätigkeit und zur Errichtung von Behelfsbauten und Notwohnungen.

Telegrammanstausch zwischen dem Reichspräsidenten und dem sächsischen Minister Dr. Gradnauer.

Dresden, 14. Februar. Aus Anlaß der Wahl des Reichspräsidenten hat folgender Telegrammanstausch stattgefunden:

Reichspräsident Ebert, Weimar. Im Namen des Gesamtministeriums für den Freistaat Sachsen sende ich Ihnen, hochverehrter Freund, die herzlichsten Glückwünsche bei Antritt Ihres Amtes als Präsident des Deutschen Reiches. Möge es Ihnen gelingen, dazu mitzuwirken, daß unser schwergeprüftes Volk wieder aufgerichtet wird und einer besseren Zukunft entgegengeht. Dr. Gradnauer, Minister des Innern und Auhern.

Darauf ist folgendes Antworttelegramm eingegangen: Für die mir namens des Gesamtministeriums übermittelten Glückwünsche danke ich Ihnen herzlich. Ich bin auf das Vertrauen des Volkes werde ich meine ganze Kraft einsetzen, um die deutschen Stämme einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen. Ihrer Unterstützung, lieber Freund, bei dieser schweren Aufgabe halte ich mich versichert. Ebert, Reichspräsident.

Ein Erlass des preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über die Erteilung der Reifeprüfung.

Berlin, 14. Februar. Nachdem das Reichsamt des Innern und die überwiegende Mehrheit der bundesstaatlichen Unterrichtsverwaltungen dem in Aussicht genommenen Erlass betr. die Zuerkennung des Reifezeugnisses ohne Prüfung an die in den Schuljahren 1914 bis 1916 regelrecht nach Unterprima verlegten Kriegsteilnehmern zugestimmt haben, hat das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgenden Erlass herausgegeben: Den Kriegsteilnehmern, die in den Schuljahren 1914 bis 1916, also bis Ostern 1917 regelrecht nach Unterprima verlegt und von der Schule aus in das Heer eingetretten sind, oder die nach länger als einjährigem Besuch der Obersekunda das Zeugnis der Primareife erworben haben, wird das Zeugnis der Reife ohne Prüfung zuerkannt, wenn sie bis zum Schlusse des Krieges im Heeresdienst waren oder kriegsbeschädigt sind. Die Ausbildung des Zeugnisses erfolgt durch den Direktor der von ihnen zuletzt besuchten höheren Lehranstalt. Der Erlass findet auf solche Kriegsteilnehmer keine Anwendung, die vorzeitig nach Unterprima verlegt worden sind oder als Externen das Zeugnis der Primareife erlangt haben.

Eine wichtige Sitzung des preussischen Kabinetts in Weimar.

Berlin, 14. Februar. Wie wir hören, findet am

17. d. M. in Weimar eine wichtige Sitzung des preussischen Kabinetts statt. Auf der Tagesordnung stehen vor allem der Zusammenschluß der gesetzgebenden preussischen Landesversammlung, die neue preussische Verfassung und die Festsetzung der Wahlen zu den Kreisräten. Nach dem Beschlusse des Zentralkomitees soll die Landesversammlung am 4. März zusammentreten. Man darf annehmen, daß das Kabinett sich diesem Beschlusse anschließt. Der Entwurf der neuen preussischen Verfassung ist im Ministerium des Innern ausgearbeitet worden und wird nach der Beschlußfassung durch das Kabinett zunächst dem Zentralkomitee zugehen, bevor er in der Landesversammlung eingebracht werden kann. Die Tagung soll nur wenige Tage umfassen und der Konstituierung der neuen Regierung gelten. Die Verfassung soll später beraten werden.

Einpruch des Bürgerrats von Groß-Berlin gegen die fortgesetzten Erpressungen bei den Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 14. Februar. In einer vom Bürgerrat von Groß-Berlin einberufenen statt besuchten Protokollversammlung wurde eine Entschlieung angenommen, in der gegen die fortgesetzten Erpressungen bei den Waffenstillstandsbedingungen Stellung genommen und von der deutschen Reichsregierung die Ablehnung jeder neuen angebotenen Verschärfung auf die Gefahr des Verhandlungsabbruchs hin verlangt wird. Ferner wird Einspruch erhoben gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, die Hungerblockade und den Raub der deutschen Kolonien. Die deutsche Geduld sei am Ende ihrer Kraft. Die Rücksicht der Feinde trage die Verantwortung für alle Folgen.

Deutscher Einspruch gegen die Loslösung des linken Rheinflusses.

Mainz, 14. Februar. Die Vorstände der deutschen Volkspartei, der deutschen demokratischen Partei, der sozialdemokratischen und der Zentrumspartei für Rheinhessen haben folgende Entschlieung angenommen: Wir Vertreter des rheinischen Volkes im besetzten rheinischen Gebiete erheben lauten und feierlichen Einspruch gegen die in der ausländischen Presse zutage getretenen Bestrebungen auf Loslösung des linken Rheinflusses oder einzelner seiner Teile von Deutschland. Wir stützen uns auf das in der ganzen Welt anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker und verlangen, mit unseren Stammesgenossen im Deutschen Reich vereinigt zu bleiben.

Die Ausweisung der Demobilisierten in Mannheim.

Frankfurt, 14. Februar. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Ludwigshafen: Große Verwirrung verursacht hier die Bekanntmachung des Bezirksamtes, wonach die Ausweisung der Demobilisierten nicht nur das neutrale, sondern auch das besetzte Gebiet treffe. Ausgenommen sind nur solche Personen, deren Verbleiben aus wirtschaftlichen Gründen notwendig ist. Die Maßnahme erstreckt sich auch auf Garisondienstfähige, wegen Krankheit entlassene und rekrutiert gewesene frühere Heeresangehörige.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Mannheim: In einer von 6000 Personen besuchten Versammlung von Ausgewiesenen wurde mitgeteilt, daß in Mannheim von der Maßnahme 25 000 Personen betroffen wurden. Ein Ausschuhmitglied der Ausgewiesenen erklärte, daß bei den Verhandlungen mit dem französischen Obersten Wimpfen dieser auf die Frage, was geschehe, wenn die Ausgewiesenen Mannheim nicht verlassen, erwidert habe, dann werde Mannheim besetzt.

Einspruch der Bremer Regierung gegen die Auslieferung der deutschen Handelschiffe.

Bremen, 14. Februar. An den Präsidenten der Nationalversammlung in Weimar wurde folgendes Telegramm abgehandelt: Die heutige telegraphische Vorstellung der hiesigen Handelskammer, betreffend die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, unterstützen wir aufs nachdrücklichste behufs Wahrung der Zukunft des deutschen Überseehandels und der Lebensbedingungen weiter Kreise der deutschen Bevölkerung. Wir bitten, jeder weiteren Nachgiebigkeit bei den gegenwärtigen Verhandlungen mit dem Verbände entschieden entgegenzutreten und vielmehr Sicherheiten zu verlangen für die Wiederherausgabe der Schiffe nach Ausführung der Lebensmitteltransporte und für Beibehaltung der deutschen Befahrung angeht. Die unethischen Nachrichten, daß diese im nächsten Hafen entlassen werden soll. Die provisorische Regierung: Rhein.

Eine Kundgebung Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Berlin, 14. Februar. Amtlich. Nachdem der Grenzschutz Ost der Obersten Heeresleitung übertragen worden ist, habe ich mit dem heutigen Tage mein Hauptquartier nach dem Osten verlegt. Als ich im August 1914 zum Oberbefehlshaber der VIII. Armee ernannt im Osten eintraf, fanden mir schwere Aufgaben bevor. Dank der Vortrefflichkeit von Führern und Truppen gelang es bei Tannenberg und den Masurischen Seen, unsere Ostmarken vor feindlichem Einfall zu bewahren. Wenn ich heute nochmals nach dem Osten zurückkehre, um dort im Auftrage der Reichsregierung das Kommando zu führen, so erfüllt mich schwere Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes, nicht weil wir, von der Übermacht unserer Feinde und der Hungerblockade erdrückt, um Frieden bitten müßten, sondern weil ich unser Volk in sich zerrüttet und erschöpft im Wollen sehe. Ziele stehen abseits und haben mit der Freude am Vaterlande auch jeden Opferstimm verloren. Wohin soll dieser Zustand führen? Wir müssen hindurch! Entschlossen an die Arbeit zum Besten des Vaterlandes! Dazu gehört in erster Linie, daß wir einig sind in der Liebe zur Heimat, und den alten deutschen Boden schützen vor dem neuen Feinde, dem Bolschewismus, der die Kulturwelt bedroht. Ihr Freiwilligen und ihr jungen Kameraden, die ihr zum Schutze der Ostmarken euer Leben einzusetzen entschlossen seid, denkt an die Getreuen vom Jahre 1914! Und ihr, meine alten Kameraden und Mitkämpfer von Tannenberg und den masurischen Seen, eilt herbei, um mir zu helfen! Möge der Appell an Deutschlands Söhne nicht ungehört verhallen. Weichen Stammes ihr seid, ob Bayern, Sachsen, Schwaben oder Preußen, welcher Partei ihr angehört, wir sind alle Deutsche. Vergesst, was uns trennen könnte. Findet euch wieder zusammen in Liebe zur Heimat, in Selbstsicht, Disziplin und Vertrauen zu euren Führern v. Hindenburg.

Die Lage im Osten.

Berlin, 14. Februar. Die von einigen Blättern gebrachte Nachricht von der Besetzung Roms durch die Bolschewiken entspricht nicht den Tatsachen. Rom ist in fester Hand.

Königsberg, 14. Februar. Oita ist gestern von den Bolschewiken besetzt worden. In Kurland wurde Goldingen am 13. d. M. früh von uns wieder erobert.

Die Wahl im besetzten Gebiet.

Königsberg, 14. Februar. Mitteilung des Zentralkomitees der Ostfront. Bei der Wahl im besetzten Gebiet hat sich der größte Teil der Truppen der Wahl enthalten, weil sie gerade zum Teil im Abtransport begriffen waren, und die Truppen der Heeresgruppe A und der Stappensinspektion Bug aus Kameradschaftlichkeit ebenfalls nicht zur Wahl schreiten wollten. Das Ergebnis der Wahl ist: Sozialdemokratische Partei 7804, Unabhängige Sozialistische Partei 1945, Deutsche Demokraten 1681, Parteilose Liste 1389, Deutschnationale 62, Deutsche Volkspartei 74, Christliche Volkspartei 43; ungültig waren 390 Stimmen. Gewählt sind die zwei sozialdemokratischen Parteimitglieder Paul Rodemann und Peter Kronen.

Die Weiterentwicklung der inneren Lage.

Zur Verfassung Radels.

Berlin, 14. Februar. Aus Anlaß der Verhastung Radels werden von den Spartakisten für Sonntag Kundgebungen geplant. Die Regierung macht darauf aufmerksam, daß für Berlin noch immer das Verbot von Annehmungen und Demonstrationen besteht, und warnt die Bevölkerung ernsthaft, sich an ihnen zu beteiligen.

Ausstand der Angestellten der Hamburger Warenhäuser.

Hamburg, 14. Februar. Die Angestellten der Hamburger Warenhäuser sind heute wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Die Unruhen in Duisburg.

Duisburg, 14. Februar. In der vergangenen Nacht rückten hier auf Anordnung des belgischen Abschnittskommandeurs infolge der Vorkommnisse am Mittwoch belgische Truppen mit Nachschlingengewehren ein, um weitere Unruhen zu verhüten. Es ist eine Kompanie eingetrückt, der zwei weitere folgen sollen. Die Truppen kamen gerade vor dem Rathaus an, als dort drei Hamburger Spartakisten vorgefahren waren, um von dem Oberbürgermeister die Herausgabe von 50 beschlagnahmten Gewehren zu erzwingen. Die Belgier hielten das Auto an. Die Spartakisten versuchten zu entkommen und eine Handgranate gegen die Belgier zu werfen, was jedoch vereitelt wurde. Die drei Spartakisten wurden so schwer verletzt, daß sie in das Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Belgier besetzten zum Schutze der Verwaltung das Rathaus.

Sterkrade unter Spartakistischer Herrschaft.

Sterkrade, 14. Februar. Seit Donnerstag steht Sterkrade unter Spartakistischer Herrschaft. Der Bahnhof, das Rathaus und andere öffentliche Gebäude sind besetzt. Die Polizeimannschaften wurden entwaffnet. In Gewerkschaften ist es noch nicht gelungen.

* Die in Berlin am 13. Februar ausgegebene Nr. 36 des Reichsgesetzblattes enthält: Verordnung über die Bestimmung von Ausländern von Personen, die im Auslande ihren Wohnsitz haben, sowie Verordnung über die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen.

Nationalversammlung.

Weimar, 14. Februar. Vizepräsident Haußmann eröffnete die Sitzung, um 2 Uhr 25 Min.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung.

Die Wahl wird durch Stimmzettel vollzogen. Es werden abgegeben 334 Stimmen, davon sind 302 gültig und 32 weis. Die Mehrheit beträgt 152. Es entfallen auf den Vizepräsidenten Haußmann 295, die anderen sind zerstreut. Vizepräsident Haußmann fragt den Vizepräsidenten Zehrenbach, ob er die Wahl annimmt, und als dieser bejaht, ladet er ihn, den Präsidentenamt einzunehmen.

Präsident Zehrenbach dankt der Versammlung in einer kurzen Ansprache für das Vertrauen, das sie ihm durch die Wahl ausgesprochen hat, und dankt auch im Namen des Hauses dem ersten Präsidenten Dr. David für seine Amtsführung.

Kunmehr wird die Wahl des für den Präsidenten Zehrenbach nachzufolgenden Vizepräsidenten ebenfalls durch Stimmzettel vorgenommen.

Bei der Wahl des Vizepräsidenten werden 317 Stimmen abgegeben, von denen 283 gültig sind; davon erhält der Abg. Schulz (Döhring) 279, 4 Stimmen sind zerstreut.

Vizepräsident Schulz nimmt das Amt an.

Nach der Präsidentenwahl legte das Haus die Besprechung der Regierungserklärung fort.

Reichsminister des Innern Graf Brockdorff-Rausan: Meine Bekämpfung gibt mir Recht und Pflicht, Ihnen R. chenschaft abzugeben über die Grundlinien, nach denen ich die auswärtige Politik im Rahmen der allgemeinen Regierungspolitik zu führen beabsichtige. Ich kann die Aufgaben der deutschen auswärtigen Politik in zwei Gruppen zusammenfassen: die Beilegung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler Beziehungen zur Völkergemeinschaft. Leider hat Deutschlands freiwillige Entlassung die Feinde nicht milder gestimmt. Neuerdings haben sie den Versuch gemacht, Fragen zu regeln, die unangehörig zu den Gegenständen des Friedensschlusses gehören. Ich habe diesen Versuch zurückgewiesen und werde solche Versuche auch künftig zurückweisen. Wir sind im Begriff, die ganze bisherige Streitmacht aufzulösen und unser altes Heer, das wir im Osten gut brauchen könnten, durch eine neue republikanische Truppe zu ersetzen. Deutschland hat die Folgen seiner Niederlage auf sich genommen und ist entschlossen, die Bedingungen zu halten, die es mit den Gegnern vereinbart hat. Diese Bedingungen bedeuten eine völlige Wende von den politischen Zielen des früheren Deutschlands. Zur Beilegung unserer Souveränität durch bindende Unterwerfung unserer Interessen an mit anderen Staaten durch eine Schiedsgerichtsbarkeit und Bezugs auf eine Rüstung sind wir bereit, wenn unsere bisherigen Gegner und unsere künftigen Nachbarn sich den gleichen Beschränkungen unterwerfen. Wir erkennen an, daß die Stellung, die Deutschland bei den Haag Friedenskonferenzen in die jen beiden grundlegenden Fragen angenommen hatte, eine historische Schuld in sich schloß, für die unser ganzes Volk jetzt büßen muß. Dieses Versehen ist nicht aber keineswegs das Ergebnis ein, daß Deutschland im Sinn feindlicher Behauptungen allein den Weltkrieg verhandelt hat. Wir hatten deshalb an den Völkern Grund zu hoffen, daß der Sieger keine Kriegskosten zu bezahlen und keine Gebiete der Fe